SGVW-Jubiläumsveranstaltung 2004
Forum 2: Governance

Annemarie Huber-Hotz
Bundeskanzlerin

Die letzten Jahre, Jahrzehnte, waren geprägt von der Diskussion rund um die Ziel- und Wirkungsorientierung des Staates und der Verwaltung. Diese Neuausrichtung sowie das Wirtschaftswachstum und die mehr oder weniger ausgeglichenen Finanzen der öffentlichen Haushalte unterstützen auch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in Staat und Politik. Das Blatt hat sich gewendet. Die Herausforderungen an den Staat und die Verwaltung kommen von verschiedenen Seiten:

1. Von der Globalisierung der Märkte und der Gesellschaft;
2. Von der Stagnation des Wirtschaftswachstums und den Schwierigkeiten für den Staat auf allen Ebenen, Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht zu halten bzw. ins Gleichgewicht zu bringen;
3. Von der Komplexität der heute zu lösenden Probleme, welche die Entscheidungs- und Reformfähigkeit wesentlich beeinflusst;
4. Von den vielschichtigen und vielfältigen Interessen, die mit jeder Staatsaufgabe verknüpft und in der Lage sind, Reformen zu blockieren;
5. Von der Mediatisierung der Gesellschaft und Politik, d.h. von der wachsenden Verschmelzung von Medienwirklichkeit und politischer und sozialer Wirklichkeit sowie die Ausrichtung des politischen Handelns und Verhaltens an den Gesetzmässigkeiten des Mediensystems.

Was vor diesem Hintergrund bedeutet für mich "Good" Governance ganz konkret? Wo müsste angesetzt werden? Ich sehe folgende Bereiche:

1. Es braucht eine Grundsatzdiskussion darüber, welche Aufgaben der Staat heute und in Zukunft zu erfüllen hat. Dabei dürfen nicht allein finanzpolitische Aspekte und Kriterien der Effizienz ausschlaggebend sein; die Errungenschaften der sozialen Marktwirtschaft und eines Staates, der für die Einhaltung der Verfassungsgrundsätze und den inneren Zusammenhalt sorgt, dürfen nicht geopfert werden.
2. Eine verantwortungsvolle Politik verknüpft die Sach- mit der Finanzpolitik, d.h. es werden nur neue Aufgaben beschlossen, wenn auch die finanziellen Mittel dafür vorhanden sind. Das gilt auch für den Vollzug von beschlossenen Massnahmen, der vorwiegend, bzw. immer mehr, in den Kompetenzbereich der Verwaltung gehört.
3. Einführung eines Benchmarking im Vollzug von staatlichen Aufgaben; einerseits kann damit die Lernfähigkeit erhöht und andererseits verhindert werden, dass das Rad immer neu erfunden wird.
4. Es braucht eine Verständigung darüber, in welcher Form der Staat seine Aufgaben erfüllen soll. Welche Verwaltungsträger können für welche Aufgaben in Frage kommen? Dritte, Public-Private-Partnership, horizontale und vertikale Kooperationen? Kriterien wie politische Verantwortung (Staatshaftung), Steuerungsmöglichkeit, Einhaltung von Verfassungsgrundsätzen usw. sind festzulegen bzw. neu zu definieren.
5. Zur Form gehört auch die Frage der Regelungsdichte bzw. der Art und Weise, wie Gesetze und Verordnungen durch die Verwaltung vollzogen werden. Administrative Hemmnisse im Bereich der Wirtschaft, der Bildung, des Gesundheitswesens, der

Steuern, des Bauwesens, im Umweltschutz etc. müssen in einem konkreten Aktionsprogramm auf allen Stufen des Staates abgebaut werden.

6. Es braucht eine Überprüfung der föderalistischen Zusammenarbeit aufgrund der neuen gesellschaftlichen Herausforderungen und nicht aufgrund der heutigen Aufgabenteilung. Dies könnte nach dem Muster der NFA geschehen.
7. Die Entscheidungsprozesse in der Politik (Vernehmlassung, Kommissionenwesen, im Verhältnis zwischen Bundesrat und Parlament, Bund und Kantonen) wie auch innerhalb der Verwaltungen müssen vereinfacht und verwesentlicht werden (nicht jedermann muss zu allem Stellung nehmen).
8. Es braucht eine neue Information- und Kommunikationsstrategie, die sich nicht an der Tagesaktualität ausrichtet, sondern nachhaltig ist. Einerseits ist mehr Transparenz nötig (vgl. auch Öffentlichkeitsprinzip), andererseits braucht es den Schutz vor zuviel Information und den geschützten Raum für die Entwicklung von neuen Ideen.
9. Schliesslich braucht es eine Renaissance der politischen Führung und für eine neue politische Kultur.

Bern, 26. Oktober 2004